

Internationales und europäisches
Privat- und Verfahrensrecht

Christoph Gramlich-Altenburg

Statutenwechsel und Gerichtsstandswechsel

Die Wandelbarkeit der Anknüpfungen im
Internationalen Privatrecht und Zuständigkeitsrecht
der Rom I-VO, Rom II-VO und EuGVVO



Nomos

Internationales und europäisches
Privat- und Verfahrensrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Heinrich Dörner, Universität Münster

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Burkhard Hess, Universität Wien

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz-Peter Mansel, Universität zu Köln

Band 46

Christoph Gramlich-Altenburg

Statutenwechsel und Gerichtsstandswechsel

Die Wandelbarkeit der Anknüpfungen im
Internationalen Privatrecht und Zuständigkeitsrecht
der Rom I-VO, Rom II-VO und EuGVVO



Nomos

Diese Open-Access-Publikation wurde gefördert durch den Publikationsfonds der Universität Konstanz.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Konstanz, Univ., Diss., 2024

1. Auflage 2026

© Christoph Gramlich-Altenburg

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-3919-7

ISBN (ePDF): 978-3-7489-6943-3

DOL: <https://doi.org/10.5771/9783748969433>



Onlineversion
Inlibra



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Meinen Eltern, meiner Schwester und meiner Ehefrau

Vorwort

Die Idee zu dieser Arbeit entstand während meiner Zeit am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung von Prof. Dr. Dr. h.c. Astrid Stadler an der Universität Konstanz. Ausgangspunkt war die Überlegung, ob eine Verlegung des Wohnsitzes die Verbrauchergerichtsstände der EuGVVO verschiebt.¹ Im Anschluss erlangte der Themenkomplex der Wandelbarkeit breitere Aufmerksamkeit, insbesondere vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zur Reaktion der Verbrauchergerichtsstände auf eine Forderungsabtretung.² Als der Bundesgerichtshof schließlich den anfänglichen Aufsatz in einem Vorabentscheidungsersuchen aufgriff, erschien eine umfassende Untersuchung der Wandelbarkeit im Kontext der Rom I-, Rom II- und EuGVVO naheliegend.³

Diese Dissertation wurde im Wintersemester 2024/2025 vom Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Konstanz angenommen. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur befinden sich auf dem Stand von Anfang Februar 2026.

Mein tief empfundener Dank gilt Frau Prof. Dr. Dr. h.c. Astrid Stadler. Sie hat bereits während des Schwerpunktstudiums mein Interesse für das Internationale Zivilverfahrensrecht geweckt, mich stets unterstützt, gefördert und mir außergewöhnlich weitgehende Freiräume gewährt. Ebenso möchte ich Herrn Prof. Dr. Michael Stürner, M.Jur. (Oxford) meinen aufrichtigen Dank aussprechen – vor allem für seine inspirierenden Vorlesungen im Internationalen Privatrecht, für die äußerst schnelle Erstellung des Zweitgutachtens und für seine motivierenden Worte. Herrn Prof. Dr. Jochen Glöckner, LL.M. (USA) danke ich vielmals für die souveräne und freundliche Leitung des Verteidigungstermins. Darüber hinaus spreche ich den Herren Prof. Dr. Heinrich Dörner, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Burkhard Hess und Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz-Peter Mansel meinen verbindlichen Dank aus. Sie haben die Aufnahme dieser

1 C. Gramlich, EuZW 2017, 213.

2 EuGH NJW 2018, 1003 (2. Leitsatz) – *Schrems II* (zu unterscheiden von der früheren *Safe-Harbor*-Entscheidung „Schrems I“ EuGH NJW 2015, 3151 und der späteren *Privacy-Shield*-Entscheidung EuGH NJW 2020, 2613, die jedoch aufgrund ihres Sachzusammenhangs mit Schrems I teilweise auch als „Schrems II“ bezeichnet wird).

3 BGH EuZW 2020, 949, 952 (Rn. 23 und 24 jeweils aE).

Arbeit in die Schriftenreihe „Internationales und europäisches Privat- und Verfahrensrecht“ ermöglicht, deren interdisziplinäre Ausrichtung in besonderem Maße zu dem Thema passt.

Ein ganz besonderer Dank gilt Dr. Jonathan Hechler, LL.M. (USC), der mich während der Promotion in außergewöhnlicher Weise begleitet hat. Sein Rat, seine Korrekturen und Anregungen waren mir nicht nur fachlich, sondern auch persönlich eine große Stütze. Dr. Matthias Klöpfer danke ich sehr für seine frühzeitige und nachhaltige Ermutigung, der Frage der Wandelbarkeit vertieft nachzugehen. Seine Impulse und Hinweise haben die thematische Ausrichtung dieser Dissertation von Beginn an geprägt. Ein herzlicher Dank gebührt Judith Altenburg, LL.M. (Glasgow). Ihre Perspektive und ihr Beistand haben diese Arbeit kontinuierlich und an zahlreichen Stellen maßgeblich bereichert. Dankbar verbunden bin ich schließlich weiteren Weggefährten, die mich durch fachlichen Austausch, anregende Gespräche und vielfältige Unterstützung begleitet haben: Dr. Robert Leo Bergmann, Benedict Blankenhorn, Dr. Miquel Mirambell Fargas, LL.M. (Bucerius Law School), Mirko Kraft und Michael Maier.

Diese Arbeit widme ich meinen Eltern, Sabine Gramlich (geb. Hofmann) und Dr. Günter Gramlich, meiner Schwester Anna Baumann (geb. Gramlich) sowie meiner Ehefrau, Judith Altenburg, LL.M. (Glasgow). In wenigen Worten – augenscheinlich nicht meine Stärke: Ohne Euch hätte ich diesen Weg weder beschritten noch bewältigt.

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	15
A. Einleitung	53
B. Die Wandelbarkeit im Internationalen Privatrecht der Rom I- und II-VO	59
I. Dogmatik und Terminologie der Wandelbarkeit im Internationalen Privatrecht	59
1. Anknüpfung, Wandelbarkeit und Statutenwechsel	59
2. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands: Statutenwechsel im engen Sinne	79
3. Gründe der Unwandelbarkeit und Wandelbarkeit in Rom I- und II-VO	80
II. Die Wandelbarkeit der Kollisionsnormen der Rom I-VO	82
1. Unwandelbarkeit aufgrund unmöglicher Veränderung	82
2. Unwandelbarkeit aufgrund ausdrücklicher Anordnung	83
3. Unwandelbarkeit aufgrund Auslegung	94
4. Wandelbarkeit aufgrund ausdrücklicher Anordnung	145
5. Wandelbarkeit aufgrund Auslegung	174
6. Unwandelbarkeit aufgrund einseitiger Änderungen	297
7. Zusammenfassung der Ergebnisse zur Wandelbarkeit der Rom I-VO	300
8. Konkrete Rechtsfolgen der Statutenwechsel der Rom I-VO	304
9. Vorschlag zur Normierung der Wandelbarkeit in Art. 19a Rom I-VO n. F.	347
III. Die Wandelbarkeit der Kollisionsnormen der Rom II-VO	350
1. Unwandelbarkeit aufgrund ausdrücklicher Anordnung	351
2. Unwandelbarkeit aufgrund Auslegung	360
3. Wandelbarkeit aufgrund ausdrücklicher Anordnung	366
4. Wandelbarkeit aufgrund Auslegung	368
5. Rechtsfolgen der Statutenwechsel	409

6. Zusammenfassung der Ergebnisse zur Rom II-VO und Vergleich mit der Rom I-VO	411
7. Vorschlag zur Normierung der Wandelbarkeit in Art. 23a Rom II-VO n. F. und in einer etwaigen Rom 0-VO	414
C. Die Wandelbarkeit im Internationalen Zuständigkeitsrecht der EuGVVO	419
I. Dogmatik und Terminologie der Wandelbarkeit im Internationalen Zuständigkeitsrecht der EuGVVO	420
1. Anknüpfung, Wandelbarkeit und Gerichtsstandswechsel	420
2. Anknüpfungselemente: Anknüpfungsgegenstand, -moment und -person	423
3. Anknüpfungszeitpunkt	424
4. Veranschaulichung der Terminologie und Dogmatik	427
5. Zuständigkeitsfortdauer: Kein zuständigkeitsentziehender Gerichtsstandswechsel ab Anrufung des Gerichts	428
6. Zuständigwerden: Zuständigkeitsbegründender Gerichtsstandswechsel noch nach Anrufung des Gerichts	428
7. Rechtsaktsübergreifende Auslegung zwischen Rom I-/II-VO und EuGVVO	429
II. Unwandelbarkeit aufgrund unmöglicher Veränderung	436
III. Unwandelbarkeit aufgrund ausdrücklicher Anordnung	436
1. Anknüpfungsmoment „Belegenheit des Kulturguts“ – Art. 7 Nr. 4 EuGVVO	436
2. Anknüpfungsmoment „einstellende Niederlassung“ – Art. 21 Abs. 1 lit. b Ziff. ii EuGVVO	437
3. Anknüpfungsperson „Beklagter“ – Art. 4 Abs. 1, Art. 8 Nr. 1 und Art. 24 Nr. 1 Abs. 2 EuGVVO	438
4. Ergebnisse: Wenige ausdrückliche unwandelbare Anknüpfungselemente	438
IV. Unwandelbarkeit aufgrund Auslegung	439
1. Anknüpfungsmoment Schadensort – Art. 7 Nr. 2 und Art. 12 S. 1 Var. 2, S. 2 EuGVVO	439
2. Anknüpfungsgegenstand „unerlaubte oder gleichgestellte Handlung“ – Art. 7 Nr. 2 EuGVVO	442
3. Anknüpfungsgegenstand „Vertragsschluss“ – Art. 7 Nr. 1, Art. 8 Nr. 3, Art. 10–23, Art. 24 Nr. 1 EuGVVO	443

4. Anknüpfungsgegenstand „Ausrichten der unternehmerischen Tätigkeit“ – Art. 17 Abs. 1 lit. c EuGVVO	444
5. Forderungsübertragung und Schuldübernahme	471
6. Ergebnis: Einige Anknüpfungselemente der EuGVVO unwandelbar aufgrund Auslegung	521
V. Wandelbarkeit aufgrund ausdrücklicher Anordnung	521
VI. Wandelbarkeit aufgrund Auslegung	521
1. Anknüpfungsmoment „Wohnsitz“ – Art. 4–24 EuGVVO	521
2. Anknüpfungsmoment und -gegenstand „Niederlassung“ – Art. 7 Nr. 5, Art. 10, 11 Abs. 2, Art. 17 Abs. 1, 2 und Art. 20 Abs. 1, 2 EuGVVO	569
3. Anknüpfungsmoment „Erfüllungsort“ – Art. 7 Nr. 1 EuGVVO	578
4. Anknüpfungsmoment „gewöhnlicher Arbeitsort“ – Art. 21 Abs. 1 lit. b Ziff. i EuGVVO	585
5. Anknüpfungsgegenstand „Konnexität zwischen Widerklage und Klage“ – Art. 8 Nr. 3, Art. 14 Abs. 2, Art. 18 Abs. 3, Art. 22 Abs. 2 EuGVVO	589
6. Anknüpfungsgegenstände „Versicherungsnehmer“ und „Versicherer“ – Art. 10–16 EuGVVO	591
7. Anknüpfungsgegenstände „Verbraucher“ und „Unternehmer“ – Art. 17–19 EuGVVO	592
8. Anknüpfungsgegenstände „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“ – Art. 20–23 EuGVVO	615
9. Zwischenergebnis: Einseitige und einvernehmliche Anknüpfungselemente wandelbar	616
10. Vertragsänderungen von Anknüpfungselementen	617
VII. Rechtsfolgen der Gerichtsstandswechsel	651
1. Aussagen in Literatur und Rechtsprechung	651
2. Ex-nunc-Wirkung und grundsätzlich umfassende Kognitionsbefugnis	652
VIII. Zusammenfassung der Ergebnisse zur EuGVVO	654
1. Anknüpfungsmomente weitgehend wandelbar	654
2. Anknüpfungspersonen teilweise wandelbar	656
3. Anknüpfungsgegenstände grundsätzlich wandelbar	657

4. Vertragsübernahmen und Vertragstypverschiebungen aktualisieren Anknüpfungszeitpunkt	660
5. Wandelbarkeit der Anknüpfungselemente insgesamt: Veränderliche Definition und Anknüpfungszeitpunkt nicht fixiert	660
6. Rechtsfolgen der Gerichtsstandswechsel: Ex-nunc-Wirkung und nur ausnahmsweise Segmentierung	661
IX. Vorschlag zur Normierung der Wandelbarkeit in Art. 6 EuGVVO n. F.	661
D. Ergebnisse zur und Vergleich der Wandelbarkeit unter der Rom I-, II- und EuGVVO	665
I. Dogmatik und Terminologie der Wandelbarkeit der Rom I-, II- und EuGVVO	665
1. Anknüpfungsgegenstände, -momente und -personen	665
2. Tatsächliche, rechtliche, gemischte, einseitige und einvernehmliche Anknüpfungselemente	666
3. Anknüpfungszeitpunkt, Wandelbarkeit, Statuten-/ Gerichtsstandswechsel und Hauptfragen	667
II. Wandelbarkeit der Kollisions- und Zuständigkeitsnormen der Rom I-, II- und EuGVVO	670
1. Anknüpfungsmomente der EuGVVO weitgehend, der Rom I- und II-VO nur teilweise wandelbar	670
2. Anknüpfungspersonen der EuGVVO, Rom I- und II-VO nur teilweise wandelbar	673
3. Anknüpfungsgegenstände der EuGVVO und Rom I-VO grundsätzlich wandelbar, Anknüpfungsgegenstände der Rom II-VO regelmäßig unwandelbar	677
4. Vertragsübernahmen und Vertragstypverschiebungen aktualisieren Anknüpfungszeitpunkt des Vertragsschlusses unter EuGVVO und Rom I-VO	680
5. Wandelbarkeit der Anknüpfungselemente insgesamt: Einvernehmliche Änderung, veränderliche Definition und/oder Anknüpfungszeitpunkt nicht fixiert	680

6. Wesentliche Erwägungen der (Un-)Wandelbarkeit unter der Rom I-, II- und EuGVVO	681
III. Rechtsfolgen der Statuten- und Gerichtsstandswechsel der Rom I-, II- und EuGVVO	688
IV. Rechtsaktsübergreifende Auslegung zwischen Rom I-, II- und EuGVVO	688
V. Vorschläge zur Normierung der Wandelbarkeit in Rom I-, II- und EuGVVO	690
E. English Summary	691
I. Introduction	691
II. Dogmatic and Terminological Background	693
1. Rome I and II Regulations	693
2. Brussels Ia Regulation	695
III. Rome I Regulation	696
1. Unchangeable Connecting Elements	696
2. Changeable Connecting Elements	698
3. Requirements of Changeability	703
4. Effects of <i>Conflits Mobiles</i>	703
5. Proposal for Future Amendment of the Rome I Regulation	705
IV. Rome II Regulation	705
1. Unchangeable Connecting Elements	705
2. Changeable Connecting Elements	706
3. Requirements of Changeability	708
4. Effects of <i>Conflits Mobiles</i>	709
5. Proposal for Future Amendment of the Rome II Regulation	709
V. Brussels Ia Regulation	710
1. Unchangeable Connecting Elements	710
2. Changeable Connecting Elements	713
3. Requirements of Changeability	718
4. Effects of <i>Conflits Mobiles</i>	718
5. Proposal for Future Amendment of the Brussels Ia Regulation	719

VI. Key Considerations of (Un)Changeability under the Rome I, Rome II, and Brussels Ia Regulation	719
1. Foreseeability and Predictability	719
2. Closest and Close Connection	720
3. Protection of Structurally Weaker Parties	721
Literaturverzeichnis	723

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	53
B. Die Wandelbarkeit im Internationalen Privatrecht der Rom I- und II-VO	59
I. Dogmatik und Terminologie der Wandelbarkeit im Internationalen Privatrecht	59
1. Anknüpfung, Wandelbarkeit und Statutenwechsel	59
a. Anknüpfungselemente und Anknüpfungszeitpunkt	59
b. Anknüpfungsgegenstand und -moment	61
aa. Anknüpfungsgegenstand	61
bb. Anknüpfungsmoment	62
cc. Internationale und europäische Perspektive	63
dd. Abgrenzung von Anknüpfungsmoment und -gegenstand	64
c. Anknüpfungsperson	66
aa. Grundlagen und eigenständige Bedeutung	66
bb. Abgrenzung vom personellen Anwendungsbereich und Anknüpfungsgegenstand	67
d. Anknüpfungszeitpunkt, Wandelbarkeit und Statutenwechsel	68
aa. Anknüpfungszeitpunkt und Anknüpfungsmoment	69
(1) Grundlagen, Wandelbarkeit und Statutenwechsel	69
(2) Zeitpunkt der ersten Anknüpfung	70
(3) Grenzen der Wandelbarkeit und Arten von Statutenwechseln	70
bb. Anknüpfungszeitpunkt, Anknüpfungsperson und Anknüpfungsgegenstand	73
cc. Rechtsfolge eines Statutenwechsels: Rückwirkung oder Wirkung nur für die Zukunft	75
dd. Abgrenzung von Statutenwechseln und Vor-, Teil- und Hauptfragen	76
e. Zusammenfassung des Begriffsverständnisses	78

2. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands: Statutenwechsel im engen Sinne	79
3. Gründe der Unwandelbarkeit und Wandelbarkeit in Rom I- und II-VO	80
II. Die Wandelbarkeit der Kollisionsnormen der Rom I-VO	82
1. Unwandelbarkeit aufgrund unmöglicher Veränderung	82
a. Anknüpfungsmoment „Belegenheit der unbeweglichen Sache“ – Art. 4 Abs. 1 lit. c Rom I-VO	82
b. Anknüpfungsmoment „Versteigerungsort“ – Art. 4 Abs. 1 lit. g Rom I-VO	82
c. Ergebnis: Einige Anknüpfungsmomente unwandelbar aufgrund tatsächlicher Unmöglichkeit einer Veränderung	83
2. Unwandelbarkeit aufgrund ausdrücklicher Anordnung	83
a. Anknüpfungsmoment „gewöhnlicher Aufenthalt“ – Art. 4–18 Rom I-VO	83
b. Anknüpfungsmoment „Belegenheit des Risikos“ – Art. 7 Abs. 3 UAbs. 3 Rom I-VO	85
c. Anknüpfungsmoment „einstellende Niederlassung“ – Art. 8 Abs. 3 Rom I-VO	85
d. Anknüpfungsgegenstand und -moment „Aufenthalt“ – Art. 11 Abs. 1 und 2 Rom I-VO	90
e. Anknüpfungsgegenstand und -moment „Kenntnis oder fahrlässige Unkenntnis“ und „Rechts-, Geschäfts- und Handlungsunfähigkeit“ – Art. 13 Rom I-VO	93
f. Ergebnis: Zahlreiche Anknüpfungsmomente und einige Anknüpfungsgegenstände unwandelbar aufgrund ausdrücklicher Anordnung	93
3. Unwandelbarkeit aufgrund Auslegung	94
a. Gesamtes Vertragsstatut der Rom I-VO unwandelbar? – Art. 19 Abs. 3 Rom I-VO	94
aa. Herrschende Literaturansicht: Absolute und generelle Unwandelbarkeit	94
(1) Absolute Unwandelbarkeit der Kollisionsnormen des gewöhnlichen Aufenthalts	95
(2) Abstrakte Unwandelbarkeit aller anderen Kollisionsnormen	98

(3) Kombination: Gesamtes Vertragsstatut unwandelbar	102
(4) Europäische Methodenlehre: Analoge Anwendung unionsrechtlicher Normen	103
bb. Keine absolute und generelle Unwandelbarkeit des Vertragsstatuts	105
(1) Auslegung des Art. 19 Abs. 3 Rom I-VO widerspricht absoluter Unwandelbarkeit der Rom I-VO	105
(a) Wortlautbezogene Auslegung: Keine absolute Unwandelbarkeit der Rom I-VO	105
(b) Systematische Auslegung: Relative Unwandelbarkeit der Rom I-VO	105
(aa) Differenzierte ausdrückliche Anknüpfungszeitpunkte	105
(bb) Hoher anknüpfungsrechtlicher Differenzierungsgrad der Rom I-VO	107
(cc) Grundsatz der einheitlichen Anknüpfung und Prinzip der engsten Verbindung	108
(c) Historische Auslegung: Relative Unwandelbarkeit der Rom I-VO	110
(d) Teleologische Auslegung: Keine absolute Unwandelbarkeit der Rom I-VO	112
(aa) Erster Aspekt der Rechtssicherheit: Verhinderung einseitiger Manipulationen	113
(bb) Zweiter Aspekt der Rechtssicherheit: Berechenbare Kollisionsnormen	114
(aaa) Genereller und abstrakter Charakter der Berechenbarkeit	114
(bbb) Erwägung berechenbarer Kollisionsnormen nur ausnahmsweise bestimmbar	115
(ccc) Einklang mit dem Prinzip der engsten Verbindung	118
(e) Ergebnis: Keine absolute Unwandelbarkeit der Rom I-VO	119

(2) Auslegung des Art. 19 Abs. 3 Rom I-VO	
widerspricht genereller Unwandelbarkeit der Rom I-VO	120
(a) Wortlautbezogene Auslegung: Keine generelle Unwandelbarkeit der Rom I-VO	120
(b) Systematische Auslegung: Keine generelle Unwandelbarkeit der Rom I-VO	120
(aa) Ausdrücklich oder anerkanntermaßen wandelbare Anknüpfungsmomente	120
(bb) Weitere ausdrücklich unwandelbare Anknüpfungsmomente	121
(cc) Grundnorm-zentrische Auslegung der Ausweich- und Auffangnormen?	121
(dd) Unwandelbarkeit von Anknüpfungsmomenten regelmäßig eindeutig angeordnet	123
(ee) Hoher anknüpfungsrechtlicher Differenzierungsgrad der Rom I-VO	124
(c) Historische Auslegung: Keine generelle Unwandelbarkeit der Rom I-VO	124
(d) Teleologische Auslegung: Keine generelle Unwandelbarkeit der Rom I-VO	125
(e) Ergebnis: Keine generelle Unwandelbarkeit der Rom I-VO	126
(3) Ergebnis: Keine absolute und generelle Unwandelbarkeit der Rom I-VO	126
b. Anknüpfungsgegenstände „Verbraucher“ und „Unternehmer“ – Art. 6 Abs. 1 Rom I-VO	127
aa. Objektive Zweckbestimmung	127
bb. Zweckbestimmung durch Parteivereinbarung unbeachtlich	128
cc. Privater Vertragszweck: Einseitig Unwandelbar	130
(1) Einseitige nachträgliche Aufgabe des privaten Vertragszwecks: Unwandelbarkeit	130
(2) Einseitige nachträgliche Annahme eines privaten Vertragszwecks: Unwandelbarkeit	133
dd. Beruflicher oder gewerblicher Vertragszweck: Ebenfalls einseitig unwandelbar	133

c. Anknüpfungsgegenstand „Ausrichten des Unternehmers“ – Art. 6 Abs. 1 Rom I-VO	134
d. Anknüpfungsgegenstand „Groß-“ oder „Massenrisiko“ – Art. 7 Abs. 2 und 3 Rom I-VO	137
e. Anknüpfungsgegenstand „Vertragsschluss“ – Art. 4–8 Rom I-VO	138
f. Forderungsübertragung: Kein Statutenwechsel – Art. 3–8, 14 und 15 Rom I-VO	139
aa. Vertragsparteibezug: Anknüpfungspersonen sind die Vertragsparteien	139
bb. Vertragstypbezug: Anknüpfungsgegenstände sind die Vertragstypen	141
cc. Ergebnis: Unwandelbarkeit aufgrund Abtretung oder Legalzession	142
g. Schuldübernahme: Kein Statutenwechsel	143
h. Ergebnisse: Anknüpfungselemente nur teilweise aufgrund Auslegung unwandelbar	144
4. Wandelbarkeit aufgrund ausdrücklicher Anordnung	145
a. Anknüpfungsmoment „gewähltes Recht“ und Anknüpfungsgegenstand „Rechtswahlvereinbarung“ – Art. 3 Abs. 2 Rom I-VO	145
aa. Ausdrückliche Wandelbarkeit	145
(1) Anknüpfungsmoment „gewähltes Recht“	145
(2) Anknüpfungsgegenstand „Rechtswahlvereinbarung“	147
bb. Rechtsfolgen eines Statutenwechsels	147
(1) Parteiwille ermittelbar: <i>Ex-tunc</i> - oder <i>Ex-nunc</i> -Wirkung je nach Parteiwille	147
(2) Parteiwille nicht ermittelbar: <i>Ex-nunc</i> -Wirkung	149
(a) Herrschende Ansicht: <i>Ex-tunc</i> -Wirkung	149
(b) Gegenansicht: <i>Ex-nunc</i> -Wirkung	152
(c) Auslegung stützt <i>Ex-nunc</i> -Wirkung	152
b. Anknüpfungsmoment „gewöhnlicher Arbeitsort“ – Art. 8 Abs. 2 Rom I-VO	155
aa. Ausdrückliche Wandelbarkeit	155
bb. Keine einseitige Manipulation des anzuwendenden Rechts	156

cc.	Rechtsfolgen eines Statutenwechsels	160
(1)	<i>Ex-nunc</i> -Wirkung und zeitliche Segmentierung	160
(2)	Kein Günstigkeitsprinzip analog Art. 3 Abs. 2 S. 2 Rom I-VO	163
(3)	Verschiebung des Normendurchgriffs	165
c.	Verhältnis zwischen Rechtswahl und objektiven Statutenwechseln	165
aa.	Grundsatz: Vorherige Rechtswahl unberührt von objektiven Statutenwechseln	165
bb.	Grundsatz: Änderung der Optionsbeschränkungen nicht zu berücksichtigen – Art. 5 Abs. 2 UAbs. 2 und Art. 7 Abs. 3 UAbs. 1 Rom I-VO	166
cc.	Erste Ausnahme: Änderung der Optionsbeschränkungen zugunsten einer Heilung zu berücksichtigen – Art. 5 Abs. 2 UAbs. 2 und Art. 7 Abs. 3 UAbs. 1 Rom I-VO	168
dd.	Zweite Ausnahme: Änderung der Normendurchgriffe zu berücksichtigen – Art. 6 Abs. 2 S. 2 und Art. 8 Abs. 1 S. 2 Rom I-VO	170
d.	Ergebnisse: Jedenfalls zwei Anknüpfungsmomente ausdrücklich wandelbar	173
5.	Wandelbarkeit aufgrund Auslegung	174
a.	Anknüpfungsmoment „engere Verbindung“ – Art. 8 Abs. 4 Rom I-VO	174
aa.	Wandelbarkeit aufgrund Auslegung	174
bb.	Rechtsfolgen eines Statutenwechsels	177
(1)	<i>Ex-nunc</i> -Wirkung und zeitliche Segmentierung	177
(2)	Kein Günstigkeitsprinzip analog Art. 3 Abs. 2 S. 2 Rom I-VO	178
(3)	Verschiebung des Normendurchgriffs	180
b.	Anknüpfungsmomente „offensichtlich engere“ und „engste Verbindung“ – Art. 4 Abs. 3, 4, Art. 5 Abs. 3 und Art. 7 Abs. 2 UAbs. 2 S. 2 Rom I-VO	181
aa.	Wandelbarkeit aufgrund Auslegung	181
bb.	Dauerschuldverhältnisse	185
cc.	Rechtsfolgen eines Statutenwechsels	187
(1)	<i>Ex-nunc</i> -Wirkung und zeitliche Segmentierung	187
(2)	Kein Günstigkeitsprinzip analog Art. 3 Abs. 2 S. 2 Rom-VO	187

(3) Keine Verschiebung der Optionsbeschränkungen oder Normendurchgriffe möglich	187
c. Anknüpfungsgegenstand „Arbeitnehmer und Arbeitgeber“ – Art. 8 Rom I-VO	188
d. Vertragsänderungen über Anknüpfungselemente	189
aa. Generelle Aussagen zur Wandelbarkeit aufgrund von Vertragsänderungen	191
(1) Literatur überwiegend für Unwandelbarkeit – <i>Nikiforidis</i> -Maßstab?	191
(2) Differenzierende Bewertung von Vertragsänderungen je nach Anknüpfungselement	194
bb. Voraussetzungen der Rechtswahl bei Vertragsänderungen nicht maßgeblich	196
cc. Vertragsänderungen über Anknüpfungsmomente	198
(1) Anknüpfungsmoment und -gegenstand „Übernahme- und Ablieferungsort“ – Art. 5 Abs. 1 Rom I-VO	198
(a) Wandelbarkeit aufgrund Auslegung	198
(b) Unwandelbarkeit bei einseitigen Änderungen	202
(2) Anknüpfungsmoment/-gegenstand „Abgangs- oder Bestimmungsort“ – Art. 5 Abs. 2 Rom I-VO	203
(3) Sonstige Anknüpfungsmomente	205
(a) Rechtliche Anknüpfungsmomente: Wandelbar, sofern vertraglich definiert	205
(b) Tatsächliche Anknüpfungsmomente: Grundsätzlich unwandelbar	206
(aa) Grundsatz: Unwandelbar	206
(bb) Ausnahme: Gewöhnlicher Arbeitsort – Art. 8 Abs. 2 Rom I-VO	206
(cc) Ausnahme: Wandelbar bei Änderung der Erfüllungsverantwortung – Art. 19 Abs. 2 Var. 2 Rom I-VO	207
(c) Gemischte Anknüpfungsmomente: Lediglich mittelbar wandelbar	208

(4) Ergebnisse zur Wandelbarkeit der Anknüpfungsmomente durch Vertragsänderungen	209
(5) Rechtsfolgen eines Statutenwechsels	210
(a) Ex-nunc-Wirkung und zeitliche Segmentierung	210
(b) Kein Günstigkeitsprinzip analog Art. 3 Abs. 2 S. 2 Rom I-VO	211
(c) Verschiebung der Optionsbeschränkungen oder Normendurchgriffe	211
dd. Vertragsänderungen über Anknüpfungspersonen	212
(1) Vertragsübernahme: Dogmatisches Verständnis des Instituts in den Mitgliedstaaten	212
(2) Ansichten in der Literatur zur Wandelbarkeit der Anknüpfungspersonen	214
(a) Herrschende Ansicht: Unwandelbarkeit	214
(b) Selke: Wandelbarkeit nur bei entsprechendem Parteiwillen aller Beteiligten	215
(c) Leible: Wandelbarkeit nur bei vertragsinternen Umständen	216
(d) McParland: Wandelbarkeit nur bei Wechsel der Erfüllungsverantwortlichkeit	217
(e) Feiler: Wandelbarkeit und Wahlrecht der übernehmenden Partei	218
(3) Wandelbarkeit bei Vertragsübernahme und Wechsel der Erfüllungsverantwortlichkeit	220
(a) Vertragsübernahme vom Anwendungsbereich der Rom I-VO erfasst	221
(b) Anknüpfungspersonen des gewöhnlichen Aufenthalts – Art. 4–8 Rom I-VO: Wandelbar	223
(aa) Auslegung der Kollisionsnormen des gewöhnlichen Aufenthalts: Offen	223
(aaa) Art. 6 Rom I-VO: Schwächerenschutz spricht nicht gegen Wandelbarkeit	224

(bbb) Art. 5 Rom I-VO: Niedriges Schutzniveau spricht nicht gegen Wandelbarkeit	226
(ccc) Art. 7 Rom I-VO: Noch niedrigeres Schutzniveau spricht nicht gegen Wandelbarkeit	229
(bb) Auslegung des Art. 19 Abs. 3 Rom I-VO: Wandelbarkeit	229
(aaa) Wortlautbezogene Auslegung: Mehrdeutig	230
(bbb) Norminterne Systematische Auslegung: Wandelbarkeit	230
(ccc) Wandelbarkeit durch Änderung der erfüllungsverantwortlichen Nebenniederlassung	232
(ddd) Normexterne Systematische Auslegung: Wandelbarkeit	233
(eee) Historische Auslegung: Unergiebig	235
(fff) Teleologische Auslegung: Wandelbarkeit	235
(ggg) Ergebnis: Anknüpfungsperson des gewöhnlichen Aufenthalts aufgrund Vertragsübernahme wandelbar	237
(c) Anknüpfungsperson des gewöhnlichen Arbeitsorts – Art. 8 Abs. 2 Rom I-VO: Unwandelbar	237
(d) Anknüpfungspersonen der offensichtlich engeren und engsten Verbindung – Art. 4 Abs. 3, 4, Art. 5 Abs. 3, Art. 7 Abs. 2 UAbs. 2 S. 2 und Art. 8 Abs. 4 Rom I-VO: Wandelbar	239

(e) Personenbezogene Anknüpfungsgegenstände – Art. 5–8 Rom I-VO: Wandelbar	239
(aa) Anknüpfungsperson nachträglich qualifiziert, aber Anknüpfungsgegenstand weiterhin unqualifiziert – Art. 5–8 Rom I-VO: Kein Statutenwechsel	240
(bb) Anknüpfungsperson und -gegenstand nachträglich qualifiziert: Statutenwechsel möglich	242
(cc) Tätigkeitsausrichtung erstmals nach Vertragsübernahme – Art. 6 Rom I-VO: Qualifizierender Statutenwechsel	244
(dd) Übernehmende Partei ist erstmals Verbraucher, Unternehmer, Arbeitnehmer oder Arbeitgeber – Art. 6 und 8 Rom I-VO: Qualifizierender Statutenwechsel	245
(ee) Übernehmende Partei unqualifiziert oder Tätigkeitsausrichtung entfällt – Art. 6 und 8 Rom I-VO: Disqualifizierender Statutenwechsel	246
(ff) Ergebnis: Weitgehend wandelbar	249
(f) Aktualisierung des Anknüpfungszeitpunkts „Vertragsschluss“	249
(g) Zusammentreffen von Vertragsübernahme und Rechtswahl	250
(aa) Rechtswahl mit oder nach Vertragsübernahme	250
(bb) Rechtswahl vor Vertragsübernahme	251
(aaa) Bindung der übernehmenden Partei nur bei entsprechender Übernahmeerklärung	251
(bbb) Kein Drittschutz analog Art. 3 Abs. 2 S. 2 Var. 2 Rom I-VO	251

(4) Ergebnisse zur Wandelbarkeit der Anknüpfungspersonen durch Vertragsänderungen	253
(5) Rechtsfolgen eines Statutenwechsels durch Vertragsübernahme	255
(a) Ex-nunc-Wirkung und zeitliche Segmentierung	255
(b) Kein Günstigkeitsprinzip analog Art. 3 Abs. 2 S. 2 Rom I-VO	256
(c) Änderung der Optionsbeschränkungen oder Normendurchgriffe	257
ee. Vertragsänderungen über Anknüpfungsgegenstände	259
(1) Aussagen in Rechtsprechung und Literatur: Tendenz zugunsten einer Wandelbarkeit	259
(2) Auslegung: Grundsätzliche Wandelbarkeit	261
(a) Spezifizierte Vertragstypen – Art. 4 Abs. 1 Rom I-VO: Wandelbar	261
(b) Unspezifizierte Vertragstypen – Art. 4 Abs. 2 Rom I-VO: Wandelbar	265
(c) Gesamtheit der Umstände ergeben offensichtlich engere Verbindung – Art. 4 Abs. 3, Art. 5 Abs. 3, Art. 7 Abs. 2 UAbs. 2 S. 2 und Art. 8 Abs. 4 Rom I-VO: Wandelbar	267
(d) Anzuwendendes Recht nicht bestimmbar – Art. 4 Abs. 4 Rom I-VO: Wandelbar	270
(e) Beförderungs- und Versicherungsverträge – Art. 5 und 7 Rom I-VO: Wandelbar	272
(f) Verbrauchervertrag – Art. 6 Rom I-VO: Teilweise Wandelbar	274
(aa) Wandelbar bei nachträglicher Änderung der charakteristischen Leistung	274
(bb) Unwandelbar durch einvernehmliche nachträgliche Tätigkeitsausrichtung	276
(cc) Unwandelbar durch nachträglichen privaten oder beruflichen/ gewerblichen Zweck	276

(g) Individualarbeitsverträge – Art. 8 Rom I-VO: Wandelbar	276
(h) Aktualisierung des Anknüpfungszeitpunkts „Vertragsschluss“	278
(aa) Nikiforidis-Maßstab übertragbar auf Vertragsschluss des Art. 19 Abs. 3 Rom I-VO	278
(bb) Neuer Vertragsschluss bei Verschiebung des Vertragstyps	280
(cc) Kein neuer Vertragsschluss bei Änderungen unterhalb des Anknüpfungsgegenstands	282
(dd) Ausweitung auf alle Anknüpfungselemente, welche der Vertragsschluss fixiert	285
(ee) Ergebnis: Aktualisierung des Anknüpfungszeitpunkts nur bei Vertragstypverschiebung	285
(i) Abgrenzung zur Vertragsaufhebung	285
(3) Ergebnisse zur Wandelbarkeit der Anknüpfungsgegenstände durch Vertragsänderungen	286
(4) Rechtsfolgen der Statutenwechsel	289
(a) Ex-nunc-Wirkung des Statutenwechsels aufgrund Änderung des Anknüpfungsgegenstands – Zeitliche Segmentierung	289
(b) Kein Günstigkeitsprinzip analog Art. 3 Abs. 2 S. 2 Rom-VO	290
(c) Änderung der Optionsbeschränkungen oder Normendurchgriffe	290
e. Ergebnisse: Zahlreiche Anknüpfungselemente nach Auslegung wandelbar	292
aa. Anknüpfungsmomente engere/engste Verbindung und Anknüpfungsgegenstand Arbeitnehmer-/Arbeitgebereigenschaft	292

bb. Wandelbarkeit aufgrund von Vertragsänderungen	292
(1) Vertragsänderung der Anknüpfungsmomente: Grundsätzlich kollisionsnorminterne, nur ausnahmsweise kollisionsnormübergreifende Statutenwechsel	293
(2) Vertragsänderung der Anknüpfungspersonen: Wandelbarkeit aufgrund Vertragsübernahme – kollisionsnorminterne und -übergreifende Statutenwechsel	294
(3) Vertragsänderung der Anknüpfungsgegenstände: Grundsätzliche Wandelbarkeit – kollisionsnorminterne und -übergreifende Statutenwechsel	295
cc. Aktualisierung des Anknüpfungszeitpunkts bei grundlegenden und umfassenden Vertragsänderungen: Vertragstypverschiebungen und Vertragsübernahmen	296
dd. Tatbestandsseite der Statutenwechsel: Weitgehende Wandelbarkeit der Anknüpfungselemente	296
ee. Rechtsfolgen von Statutenwechseln: <i>Ex-nunc</i> - Wirkung	296
6. Unwandelbarkeit aufgrund einseitiger Änderungen	297
7. Zusammenfassung der Ergebnisse zur Wandelbarkeit der Rom I-VO	300
a. Anknüpfungsmomente oftmals unwandelbar und nur ausnahmsweise wandelbar	300
b. Anknüpfungspersonen durch Vertragsübernahme grundsätzlich, durch einfache Vertragsänderung/ Schuldübernahme nur ausnahmsweise wandelbar	301
c. Anknüpfungsgegenstände durch Vertragsübernahme grundsätzlich wandelbar	301
d. Vertragsübernahmen und Vertragstypverschiebungen aktualisieren Anknüpfungszeitpunkt	303
e. Wandelbarkeit der Anknüpfungselemente insgesamt: Einvernehmliche Änderung, veränderliche Definition und Anknüpfungszeitpunkt nicht fixiert	303

8. Konkrete Rechtsfolgen der Statutenwechsel der Rom I-VO	304
a. Autonomes deutsches IPR: Abgeschlossenen, offenen und gemischten Tatbestände	304
aa. Abgeschlossene Tatbestände: Altes Statut, außer neues ordnet Rückwirkung an	305
(1) Neues oder altes Statut?	306
(2) Heilung durch Statutenwechsel bei fehlgeschlagenen abgeschlossenen Tatbeständen	307
bb. Offene Tatbestände: Neues Statut, außer altes wird aufrechterhalten	310
cc. Gemischte Tatbestände: Abgeschlossene Teil-Tatbestände grundsätzlich nach altem Statut, offene oder anschließende Teil-Tatbestände nach neuem Statut	312
dd. Wohlerworbene Rechte: Teilweise deckungsgleiche Fragestellungen, aber separate dogmatische Figur	314
ee. Verhältnis von abgeschlossenen, offenen und gemischten Tatbeständen und wohlerworbenen Rechten	315
ff. Bewertung als <i>Ex-tunc</i> - oder <i>Ex-nunc</i> -Wirkung und Verhältnis zur Rom I-VO: Offen	317
b. Rom I-VO: <i>Ex-tunc</i> -Wirkung und <i>Ex-nunc</i> -Wirkung	318
aa. Absolute <i>Ex-tunc</i> -Wirkung nur bei insoweit eindeutiger Rechtswahl möglich	318
bb. Relative <i>Ex-nunc</i> -Wirkung: Teilweise Fortgeltung des alten Statuts	321
(1) Rechtsprechung und Literatur	322
(2) Wirksamkeit des Vertrags	323
(a) Grundsatz: Abschlussstatut des Vertrags – Wirksamkeitsfortdauer des Vertrags	323
(aa) Art. 3 Abs. 2 S. 2 Var. 1 Rom I-VO	323
(bb) Systematische und teleologische Auslegung der Rom I-VO	324
(aaa) Art. 11 Abs. 1 und 2 Rom I-VO	324
(bbb) Grundsatz der einheitlichen Anknüpfung des Vertragsstatuts	324

(ccc) Zuordnung der Leistungspflichten zum Entstehungsstatut	326
(ddd) Berechenbarkeit der Kollisionsnormen	326
(eee) Rechtssicherheit	327
(b) Ausnahme: Neues Statut bei Vertragstypverschiebung, nicht bei Vertragsübernahme	327
(c) Ausnahme: Heilung eines ursprünglich unwirksamen Vertrags nach neuem Statut	329
(d) Ergebnis: Wirksamkeitsfortdauer des Vertrags unter Abschlussstatut, neues Statut bei Vertragstypverschiebung oder Heilung	330
(3) Leistungspflichten	331
(a) Grundsatz: Fortgeltendes Entstehungsstatut pro entstandener Leistungspflicht	331
(aa) Entstehungsstatut der jeweiligen Leistungspflichten maßgeblich – kein Gleichlauf	331
(aaa) Unterscheidung zwischen punktuellen und Dauerschuldverhältnissen	331
(bbb) Grundsatz der einheitlichen Anknüpfung des Vertragsstatuts	333
(ccc) Gebot berechenbarer Kollisionsnormen	334
(ddd) Rechtssicherheit	334
(eee) Ergebnisse: Entstehungsstatut der Leistungspflichten entscheidend	334
(bb) Erfüllungsstatut der Leistungspflichten hingegen nicht maßgeblich	335
(cc) Fortbestand entstandener Leistungspflichten	336

(dd) Fortgeltung des Entstehungsstatuts	337
(b) Ausnahme: Sekundäre Leistungspflichten folgen primären Leistungspflichten	338
(c) Ergebnis: Separates Entstehungsstatut pro Leistungspflicht, sofern keine sekundären Leistungspflichten oder anderweitige Rechtswahl	339
(4) Einwendungen: Folgen Entstehungsstatut der Leistungspflichten oder Abschlussstatut des Vertrags – Gleichlauf	340
(5) Gestaltungsrechte: Folgen Abschlussstatut des Vertrags oder Entstehungsstatut der Leistungspflichten	343
(6) Gegensätzliche ausdrückliche oder konkludente Rechtswahl	344
c. Ergebnisse: Grundsätzlich Ex-nunc-Wirkung – Wirksamkeit bei Vertragsschluss, Rechte und Pflichten bei Entstehung	345
aa. Absolute <i>Ex-tunc</i> -Wirkung	345
bb. Relative <i>Ex-nunc</i> -Wirkung	345
cc. Vertragswirksamkeit: Grundsätzlich Abschlussstatut, außer bei Vertragstypverschiebung und Heilung	346
dd. Leistungspflichten: Grundsätzlich jeweiliges Entstehungsstatut, außer bei sekundären Leistungspflichten	347
ee. Einwendungen und Gestaltungsrechte: Akzessorisch zu Abschluss- oder Entstehungsstatut	347
9. Vorschlag zur Normierung der Wandelbarkeit in Art. 19a Rom I-VO n. F.	347
III. Die Wandelbarkeit der Kollisionsnormen der Rom II-VO	350
1. Unwandelbarkeit aufgrund ausdrücklicher Anordnung	351
a. Anknüpfungsmoment und -zeitpunkt „Schadenseintritt“ – Art. 4–7, 9 und 12 Rom II-VO	351
aa. Systematik: Anknüpfung an Ort und Zeitpunkt des Schadenseintritts	351

bb. Unwandelbarkeit des Schadenseintritts bei isolierter Betrachtung	352
(1) Anknüpfungszeitpunkt fixiert: Zeitpunkt des Schadenseintritts	352
(2) Anknüpfungsmoment unwandelbar: Ort des Schadenseintritts	354
b. Anknüpfungsmoment „Bereicherungserfolg“ – Art. 10 Abs. 3 Rom II-VO	356
c. Anknüpfungsmoment und -zeitpunkt „Handlungsort“ und „-zeitpunkt“ – Art. 7 Var. 2, Art. 8 Abs. 2, Art. 10 Abs. 2, Art. 11 Abs. 2, 3 und Art. 12 Abs. 2 lit. b Rom II-VO	357
d. Anknüpfungsmoment „gewöhnlicher Aufenthalt“ – Art. 4 Abs. 2, Art. 5 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a, UAbs. 2, Art. 10 Abs. 2, Art. 11 Abs. 2, Art. 12 Abs. 2 lit. b Rom II-VO	359
2. Unwandelbarkeit aufgrund Auslegung	360
a. Anknüpfungsmoment „Produkterwerb“ – Art. 5 Abs. 1 UAbs. 1 lit. b Rom II-VO	360
b. Anknüpfungspersonen – Art. 4 Abs. 1, 2, Art. 5 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a, UAbs. 2, Art. 6 Abs. 3 lit. b, Art. 7 Var. 1, 2, Art. 9, Art. 10 Abs. 2 und Art. 11 Abs. 2 Rom II-VO	361
c. Anknüpfungsgegenstände – Art. 4–13 Rom II-VO	362
d. Vertragliche Vereinbarung und tatsächliches Einvernehmen über Anknüpfungselemente – Art. 4–13 Rom II-VO	365
e. Forderungsübertragung und Schuldübernahme – Art. 14, 15 Rom I-VO und Art. 19 Rom II-VO	365
3. Wandelbarkeit aufgrund ausdrücklicher Anordnung	366
a. Anknüpfungsgegenstand „Rechtswahlvereinbarung“ und Anknüpfungsmoment „gewähltes Recht“ – Art. 14 Rom II-VO in Verbindung mit Art. 3 Abs. 2 Rom I-VO	366
b. Akzessorische Anknüpfung an das Vertragsstatut – Art. 4 Abs. 3 S. 2, Art. 5 Abs. 2 S. 2, Art. 6 Abs. 2, Art. 10 Abs. 1, Art. 11 Abs. 1 und Art. 12 Abs. 1 Rom II-VO	367
4. Wandelbarkeit aufgrund Auslegung	368
a. Anknüpfungsmoment „offensichtlich engere Verbindung“ – Art. 4 Abs. 3, Art. 5 Abs. 2, Art. 6 Abs. 2, Art. 10 Abs. 4, Art. 11 Abs. 4, Art. 12 Abs. 2 lit. c Rom II-VO	368

b. Zeitlich gestreckte Anknüpfungsmomente – Art. 4–12, 17 Rom II-VO	370
aa. Zeitlich gestreckte Erfolgsorte bei Delikten („Dauerdelikte“) – Art. 4–7 und 9 Rom II-VO	370
(1) Lehmann: Dauerhafte Einnahme von schädlichen Medikamenten oder Schädigung durch Asbest – Erste Gesundheitsverschlechterung und kein Statutenwechsel	371
(2) Dickinson: Dauerhafte Einnahme von schädlichen Medikamenten oder dauerhafter Kontakt mit schädlichen Substanzen – Erstmaliger Kontakt und kein Statutenwechsel	371
(3) Junker und von Hein: Dauerdelikt in Form von Lärm- oder sonstigen Belästigungen – Statutenwechsel	373
(4) Spickhoff und Pabst: Computer-Hacking, Verletzungsfolgen oder dauerhafter Kontakt mit schädigendem Produkt – zeitliche Mosaikbetrachtung und Statutenwechsel	373
(5) M. F. Müller: Dauerhafte Einnahme von schädlichen Medikamenten oder dauerhafter Kontakt mit schädlichen Substanzen – zeitliche Mosaikbetrachtung	375
(6) Definition, Zusammenfassung und Weiterentwicklung: Zeitliche Mosaiktheorie	377
bb. Räumlich gestreute Erfolgsorte bei Delikten („Streudelikte“) – Art. 4–8, 12 Rom II-VO: Weitgehend räumliche Mosaikbetrachtung	380
(1) Allgemeine Kollisionsnorm – Art. 4 Rom II-VO	381
(2) Lauterkeitsrechts- und Kartellrechtsverstöße – Art. 6 Rom II-VO	382
(3) Umweltschädigungen – Art. 7 Var. 1 Rom II-VO	382
(4) Verletzungen nationaler Rechte des geistigen Eigentums – Art. 8 Abs. 1 Rom II-VO	383
(5) Ergebnis: Räumliche Mosaikbetrachtung weitgehend anerkannt	384

cc. Räumlich gestreute oder zeitlich gestreckte Handlungsorte – Art. 7 Var. 2 und Art. 8 Abs. 2 Rom II-VO: Eher keine zeitliche Mosaikbetrachtung	385
(1) Umweltschädigungen – Art. 7 Var. 2 Rom II-VO	385
(2) Verletzungen von Unionsschutzrechten – Art. 8 Abs. 2 Rom II-VO	387
dd. Zeitlich gestreckte Sicherheits- und Verhaltensregeln – Art. 17 Rom II-VO: Letzter Teilakt einer Handlung entscheidend	388
ee. Zeitlich gestreckte Geschäftsführungshandlungen – Art. 11 Abs. 2, 3 Rom II-VO: Keine zeitliche Mosaikbetrachtung	390
ff. Zeitlich gestreckte Pflichtverletzungen bei Vertragsverhandlungen – Art. 12 Abs. 2 lit. b Rom II-VO: Zeitliche Mosaikbetrachtung	391
gg. Dauerdelikte im Rahmen des Intertemporalen Kollisionsrechts – Art. 31 Rom II-VO: Intertemporale Mosaikbetrachtung	392
hh. Weitgehend zeitliche Mosaikbetrachtung und Ex-nunc-Statutenwechsel	393
(1) Vervielfältigung des Primärschadens: Zeitliche Mosaikbetrachtung	394
(2) Abgrenzung zwischen Primärschäden und akzessorischen indirekten Schadensfolgen: Kein schadensbezogener Zusammenhang	398
(3) Vervielfältigung der Primärbereicherung: Zeitliche Mosaikbetrachtung	398
(4) Vervielfältigung der Haupthandlung: Teilweise zeitliche Mosaikbetrachtung	399
(a) Umweltschädigungen und Verletzungen gemeinschaftsweit einheitlicher Rechte des geistigen Eigentums: Keine zeitliche Mosaikbetrachtung	400

(b) Andere außervertragliche Schuldverhältnisse und Sicherheits- und Verhaltensregeln: Zeitliche Mosaikbetrachtung	400
(aa) Wortlaut und Teil der Systematik: Keine zeitliche Mosaikbetrachtung	401
(bb) Systematik im Übrigen: Zeitliche Mosaikbetrachtung	402
(cc) Konkrete Normzwecke: Zeitliche Mosaikbetrachtung	403
(dd) Allgemeine Zwecke der Rom II-VO: Zeitliche Mosaikbetrachtung	404
(ee) Ergebnis: Zeitliche Mosaikbetrachtung bei mehreren Haupthandlungen	405
(5) Vervielfältigung von Primärschaden, -bereicherung und Haupthandlung nebst Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts: Zeitliche Mosaikbetrachtung	406
(a) Dynamisierung der Anknüpfungszeitpunkte durch Vervielfältigung	406
(b) Gewöhnlicher Aufenthalt wandelbar	408
(6) Abgrenzung des Statutenwechsels von der Vervielfältigung der Hauptfrage	408
5. Rechtsfolgen der Statutenwechsel	409
6. Zusammenfassung der Ergebnisse zur Rom II-VO und Vergleich mit der Rom I-VO	411
a. Anknüpfungsmomente weitgehend unwandelbar	411
b. Anknüpfungspersonen unwandelbar	412
c. Anknüpfungsgegenstände unwandelbar	412
d. Vergleich mit Rom I-VO: Anknüpfungselemente der Rom II-VO deutlich häufiger unwandelbar	412
e. Wandelbarkeit der Anknüpfungselemente insgesamt: Veränderliche Definition und Anknüpfungszeitpunkt nicht fixiert	413
f. Rechtsfolgen der Wandelbarkeit: Grundsätzlich <i>Ex-nunc</i> -Wirkung	414

7. Vorschlag zur Normierung der Wandelbarkeit in Art. 23a Rom II-VO n. F. und in einer etwaigen Rom 0-VO	414
C. Die Wandelbarkeit im Internationalen Zuständigkeitsrecht der EuGVVO	419
I. Dogmatik und Terminologie der Wandelbarkeit im Internationalen Zuständigkeitsrecht der EuGVVO	420
1. Anknüpfung, Wandelbarkeit und Gerichtsstandswechsel	420
2. Anknüpfungselemente: Anknüpfungsgegenstand, -moment und -person	423
3. Anknüpfungszeitpunkt	424
4. Veranschaulichung der Terminologie und Dogmatik	427
5. Zuständigkeitsfortdauer: Kein zuständigkeitsentziehender Gerichtsstandswechsel ab Anrufung des Gerichts	428
6. Zuständigwerden: Zuständigkeitsbegründender Gerichtsstandswechsel noch nach Anrufung des Gerichts	428
7. Rechtsaktsübergreifende Auslegung zwischen Rom I-/II-VO und EuGVVO	429
a. Gemeinsamkeiten von Rom I-, II- und EuGVVO	430
b. Unterschiede von Rom I-, II- und EuGVVO	430
c. Verhaltenssteuernde Wirkung gegenüber den Parteien des Schuldverhältnisses	432
d. Unterschiede in Systematik und Zweck überwiegen	433
II. Unwandelbarkeit aufgrund unmöglicher Veränderung	436
III. Unwandelbarkeit aufgrund ausdrücklicher Anordnung	436
1. Anknüpfungsmoment „Belegenheit des Kulturguts“ – Art. 7 Nr. 4 EuGVVO	436
2. Anknüpfungsmoment „einstellende Niederlassung“ – Art. 21 Abs. 1 lit. b Ziff. ii EuGVVO	437
3. Anknüpfungsperson „Beklagter“ – Art. 4 Abs. 1, Art. 8 Nr. 1 und Art. 24 Nr. 1 Abs. 2 EuGVVO	438
4. Ergebnisse: Wenige ausdrückliche unwandelbare Anknüpfungselemente	438
IV. Unwandelbarkeit aufgrund Auslegung	439
1. Anknüpfungsmoment Schadensort – Art. 7 Nr. 2 und Art. 12 S. 1 Var. 2, S. 2 EuGVVO	439
a. Grundsatz: Unwandelbar	439

b. Ausnahme Dauerdelikte: Wandelbar	441
2. Anknüpfungsgegenstand „unerlaubte oder gleichgestellte Handlung“ – Art. 7 Nr. 2 EuGVVO	442
3. Anknüpfungsgegenstand „Vertragsschluss“ – Art. 7 Nr. 1, Art. 8 Nr. 3, Art. 10–23, Art. 24 Nr. 1 EuGVVO	443
4. Anknüpfungsgegenstand „Ausrichten der unternehmerischen Tätigkeit“ – Art. 17 Abs. 1 lit. c EuGVVO	444
a. Herrschende Ansicht: Unwandelbar	445
b. Auslegung des Art. 17 Abs. 1 lit. c EuGVVO:	
Ausnahmsweise wandelbar	445
aa. Positive und negative Unwandelbarkeit	446
(1) Wortlautbezogene Auslegung: Wandelbarkeit	446
(2) Historische Auslegung: Offen	447
(3) Systematische Auslegung: Unwandelbarkeit	447
(a) Vergleich mit dem wandelbaren Wohnsitz im Sinne des Art. 18 Abs. 1 und 2 EuGVVO: Kein Argument für eine Wandelbarkeit	447
(b) Vergleich zwischen Art. 17 Abs. 1 lit. c und Art. 10, Art. 17 Abs. 1 lit. a, b, Art. 20 EuGVVO: Unwandelbarkeit wegen unternehmer-zentrischer Einschränkung	448
(c) Vergleich mit den Vertragszwecken und dem Vertragsschluss gemäß Art. 17 Abs. 1 lit. c EuGVVO: Weitgehende Unwandelbarkeit	451
(d) Zusammenhang mit Art. 19 Nr. 3 EuGVVO: Unwandelbarkeit	454
(e) Vergleich mit Art. 17 Abs. 1 lit. a und b EuGVVO: Unwandelbarkeit	455
(4) Teleologische Auslegung: Unwandelbarkeit	456
(a) Zwecke des Art. 17 Abs. 1 lit. c EuGVVO	456
(aa) Umfangreicher Verbraucherschutz	457
(bb) Vorhersehbare Zuständigkeiten	458

(cc) Schlussfolgerung: Unwandelbare Anknüpfung des Ausrichtens im Zeitpunkt des Vertragsschlusses – nachträgliche Aufnahme und Einstellung unbeachtlich	460
(b) Enge Auslegung von Ausnahmegerichtsständen: Bestärkt unwandelbare Anknüpfung	463
(5) Rechtsaktsübergreifende Auslegung mit Art. 6 Abs. 1 Rom I-VO: Nicht möglich	464
(6) Ergebnis: Positive und negative Unwandelbarkeit	464
bb. Unwandelbarkeit bei vertraglichen Vereinbarungen	465
cc. Neutrale Wandelbarkeit	466
(1) Wortlaut: Neutrale Wandelbarkeit	467
(2) Systematische Auslegung: Neutrale Wandelbarkeit	467
(3) Teleologische Auslegung: Neutrale Wandelbarkeit	468
(4) Ergebnis: Neutrale Wandelbarkeit	470
dd. Ergebnisse: Positiv und negativ unwandelbar, aber neutral wandelbar	471
5. Forderungsübertragung und Schuldübernahme	471
a. EuGVVO berücksichtigt Forderungsübertragung und Schuldübernahme	472
b. Allgemeiner Gerichtsstand – Art. 4 Abs. 1 EuGVVO: Kein Gerichtsstandswechsel	472
c. Vertragsgerichtsstand – Art. 7 Nr. 1 EuGVVO: Teilweise Gerichtsstandswechsel	473
aa. Forderungsübertragung: Teilweise Gerichtsstandswechsel bei monetären Ansprüchen	473
(1) Art. 7 Nr. 1 lit. b EuGVVO: Kein Gerichtsstandswechsel	473
(2) Art. 7 Nr. 1 lit. c, a EuGVVO: Teilweise zuständigkeitsnorminterner Gerichtsstandswechsel bei monetären Ansprüchen	474

bb. Schuldübernahme: Teilweise Gerichtsstandswechsel bei nicht-monetären Ansprüchen	476
(1) Art. 7 Nr. 1 lit. b EuGVVO: Teilweise zuständigkeitsnorminterner Gerichtsstandswechsel bei Schuldübertragung	476
(2) Art. 7 Nr. 1 lit. c, a EuGVVO: Teilweise zuständigkeitsnorminterner Gerichtsstandswechsel bei nicht-monetären Ansprüchen	477
cc. Ergebnisse: Teilweise zuständigkeitsnorminterne Gerichtsstandswechsel	479
d. Deliktsgerichtsstand – Art. 7 Nr. 2 EuGVVO: Kein Gerichtsstandswechsel	479
e. Widerklagegerichtsstände – Art. 8 Nr. 3, Art. 14 Abs. 2, Art. 18 Abs. 3, Art. 22 Abs. 2 EuGVVO: Gerichtsstandswechsel	480
f. Schutzgerichtsstände – Art. 10–23 EuGVVO: Teilweise Gerichtsstandswechsel	482
aa. Zuständigkeiten für Versicherungssachen – Art. 10–16 EuGVVO	482
(1) Forderungsübertragung und Schuldübernahme der strukturell schwächeren Partei	482
(a) Forderungsübertragung der strukturell schwächeren Partei: Kein Gerichtsstandswechsel	482
(b) Schuldübernahme der strukturell schwächeren Partei: Kein Gerichtsstandswechsel	486
(2) Forderungsübertragung und Schuldübernahme des Versicherers	487
(a) Forderungsübertragung des Versicherers: Kein Gerichtsstandswechsel für Altgläubiger und qualifizierender Gerichtsstandswechsel für Neugläubiger	487

(b) Schuldübernahme des Versicherers:	
Kein Gerichtsstandswechsel bei	
Schuldübertragung und qualifizierender	
Gerichtsstandswechsel bei Schuldbeitritt	487
bb. Zuständigkeiten für Verbrauchersachen – Art. 17–	
19 EuGVVO	489
(1) Forderungsübertragung und	
Schuldübernahme des Verbrauchers	489
(a) Forderungsübertragung des Verbrauchers:	
Kein Gerichtsstandswechsel	489
(aa) EuGH: Kein Gerichtsstandswechsel	
für Neugläubiger	489
(bb) Generalanwalt Bobek: Kein	
Gerichtsstandswechsel für	
Neugläubiger	490
(cc) Literatur: Herrschende Ansicht nun	
gegen Gerichtsstandswechsel für	
Neugläubiger	491
(dd) Auslegung: Kein	
Gerichtsstandswechsel	493
(b) Schuldübernahme des Verbrauchers: Kein	
Gerichtsstandswechsel	496
(2) Forderungsübertragung und	
Schuldübernahme des Unternehmers	497
(a) Forderungsübertragung des	
Unternehmers: Kein	
Gerichtsstandswechsel für	
Altgläubiger und qualifizierender	
Gerichtsstandswechsel für Neugläubiger	497
(b) Schuldübernahme des Unternehmers:	
Kein Gerichtsstandswechsel bei	
Schuldübertragung und qualifizierender	
Gerichtsstandswechsel bei Schuldbeitritt	498

cc. Zuständigkeiten für individuelle Arbeitsverträge – Art. 20–23 EuGVVO	499
(1) Forderungsübertragung und Schuldübernahme des Arbeitnehmers	499
(a) Forderungsübertragung des Arbeitnehmers: Kein Gerichtsstandswechsel	499
(b) Schuldübernahme des Arbeitnehmers: Kein Gerichtsstandswechsel für Altschuldner, qualifizierender Gerichtsstandswechsel für Neuschuldner	500
(2) Forderungsübertragung und Schuldübernahme des Arbeitgebers	502
(a) Forderungsübertragung des Arbeitgebers: Kein Gerichtsstandswechsel für Altgläubiger und qualifizierender Gerichtsstandswechsel für Neugläubiger	502
(b) Schuldübernahme des Arbeitgebers: Kein Gerichtsstandswechsel bei Schuldübertragung und qualifizierender Gerichtsstandswechsel bei Schuldbeitritt	503
dd. Ergebnisse: Überwiegend kein Gerichtsstandswechsel, teilweise qualifizierende Gerichtsstandswechsel	503
g. Gerichtsstandsvereinbarung – Art. 25 EuGVVO: Gerichtsstandswechsel selten	505
aa. Forderungsübertragung: Gerichtsstandswechsel selten, weil überwiegend Drittwirkung	506
(1) EuGH: Grundsätzlich keine Drittwirkung, Ausnahmen bei Zustimmung oder Eintritt	506
(2) Literaturansichten: Lex Causae der Abtretung entscheidet über Drittwirkung	508
(3) Drittwirkung bei Zustimmung oder Zurechnung	510
(a) Erste Variante: Drittwirkung durch zuständigkeitsrechtliche Zustimmung	511
(b) Zweite Alternative: Drittwirkung durch sachrechtliche Zurechnung	512

(c) Unterschied zur Rechtsprechung des EuGH	513
(d) Ergebnis: Überwiegend kein Gerichtsstandswechsel	513
bb. Schuldübernahme: Gerichtsstandswechsel selten	514
cc. Ergebnis: Gerichtsstandswechsel selten	517
h. Ergebnisse: Gesamte Bandbreite der Gerichtsstandswechsel	518
6. Ergebnis: Einige Anknüpfungselemente der EuGVVO unwandelbar aufgrund Auslegung	521
V. Wandelbarkeit aufgrund ausdrücklicher Anordnung	521
VI. Wandelbarkeit aufgrund Auslegung	521
1. Anknüpfungsmoment „Wohnsitz“ – Art. 4–24 EuGVVO	521
a. Allgemeiner Beklagtengerichtsstand des Wohnsitzes – Art. 4 Abs. 1 EuGVVO	522
aa. Wortlaut: Wandelbarkeit	524
bb. Historie: Offen	524
cc. Systematik: Wandelbarkeit	525
dd. Zweck: Wandelbarkeit	529
ee. Rechtsaktsübergreifende Auslegung: Nicht möglich	532
ff. Rechtsaktsübergreifender Vergleich mit EuErbVO, EuEheVO, EuUnthVO, EuGüVO und EuPartVO: Wandelbarkeit	532
gg. Ergebnis: Anknüpfungsmoment „Wohnsitz“ ist wandelbar	533
b. Übrige Wohnsitz-Gerichtsstände – Art. 8 Nr. 1, Art. 11 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1, Art. 18 Abs. 1, 2, Art. 21 Abs. 1 lit. a, Art. 22 Abs. 1, Art. 24 Nr. 1 Abs. 2 EuGVVO	534
aa. Besonderer Gerichtsstand für Streitgenossenschaften – Art. 8 Nr. 1 EuGVVO	534
bb. Ausschließlicher Gerichtsstand für die Miete oder Pacht unbeweglicher Sachen zum vorübergehenden privaten Gebrauch – 24 Nr. 1 Abs. 2 EuGVVO	534
cc. Schutzgerichtsstände – Art. 10–23 EuGVVO	535
(1) Grundsatz: Gerichtsstandswechsel	535

(2) Ausnahme Verbrauchersachen: Einschränkung durch die unternehmerische Tätigkeitsausrichtung – Art. 17 Abs. 1 lit. c EuGVVO	538
(a) Erste Konstellation: Tätigkeitsausrichtung stets auf ursprünglichen und neuen Wohnsitz – Gerichtsstandswechsel und kein Optionsrecht	539
(b) Zweite Konstellation: Tätigkeitsausrichtung stets nur auf ursprünglichen Wohnsitz – Gerichtsstandswechsel nur bei Beklagtengerichtsstand des Verbrauchers	540
(aa) Beklagtengerichtsstand des Verbrauchers – Art. 18 Abs. 2 EuGVVO: Gerichtsstandswechsel auch ohne zusätzliches Ausrichten	541
(aaa) Literaturansichten vor den EuGH-Entscheidungen in mBank und Commerzbank	541
(bbb) Ansicht des BGH im Vorabentscheidungsersuchen Commerzbank	544
(ccc) Ansicht des EuGH in mBank und Commerzbank	545
(ddd) Auslegung des Art. 17 Abs. 1 lit. c und Art. 18 Abs. 2 EuGVVO: Gerichtsstandswechsel – auch ohne zusätzliches Ausrichten	549
(eee) Wortlautbezogene Auslegung: Kein Gerichtsstandswechsel	549
(fff) Historische Auslegung: Offen	550
(ggg) Systematische Auslegung: Gerichtsstandswechsel	550
(hhh) Teleologische Auslegung: Gerichtsstandswechsel	552
(iii) Rechtsaktsübergreifende Auslegung: Offen	554

(jjj)	Ergebnis: Gerichtsstandswechsel auch ohne zusätzliches Ausrichten	555
(bb)	Klägergerichtsstand des Verbrauchers – Art. 18 Abs. 1 Var. 2 EuGVVO: Kein Gerichtsstandswechsel ohne zusätzliches Ausrichten	555
(aaa)	Bisherige Ansichten und Entwicklung seit mBank und Commerzbank	555
(bbb)	Wortlautbezogene Auslegung von Art. 17 Abs. 1 lit. c und Art. 18 Abs. 1 Var. 2 EuGVVO: Kein Gerichtsstandswechsel	557
(ccc)	Historische Auslegung des Art. 17 Abs. 1 lit. c EuGVVO: Offen	557
(ddd)	Systematische Auslegung des Art. 17 Abs. 1 lit. c EuGVVO: Kein Gerichtsstandswechsel	561
(eee)	Teleologische Auslegung des Art. 17 Abs. 1 lit. c EuGVVO: Kein Gerichtsstandswechsel	562
(fff)	Rechtsaktsübergreifende Auslegung: Offen	563
(ggg)	Ergebnis: Kein Gerichtsstandswechsel ohne zusätzliches Ausrichten	564
(hhh)	Ausnahmsweise Klägergerichtsstand des Verbrauchers an seinem alten Wohnsitz	564
(cc)	Zusammenfassung der Ergebnisse: Gerichtsstandswechsel möglich – zusätzliches Ausrichten nur bei Kläger-, nicht bei Beklagtengerichtsstand des Verbrauchers	565

(c) Dritte Konstellation: Tätigkeitsausrichtung stets nur für neuen Wohnsitz gegeben – kein Gerichtsstandswechsel	565
(d) Vierte Konstellation: Tätigkeitsausrichtung bei Vertragsschluss für ursprünglichen Wohnsitz gegeben, für neuen Wohnsitz erst später – Gerichtsstandswechsel	566
(e) Wohnsitzwechsel des Unternehmers – Art. 18 Abs. 1 Var. 1 EuGVVO	567
(f) Wohnsitzwechsel bei Verträgen über Teilzahlungs- oder Finanzierungskäufe beweglicher Sachen – Art. 17 Abs. 1 lit. a, b, Art. 18 Abs. 1, 2 EuGVVO	568
(g) Zusammenfassung der Ergebnisse: Klägergerichtsstand nur bei zusätzlichem Ausrichten wandelbar, andere Gerichtsstände stets wandelbar	568
c. Ergebnisse: Anknüpfungsmoment „Wohnsitz“ einseitig wandelbar	569
2. Anknüpfungsmoment und -gegenstand „Niederlassung“ – Art. 7 Nr. 5, Art. 10, 11 Abs. 2, Art. 17 Abs. 1, 2 und Art. 20 Abs. 1, 2 EuGVVO	569
a. Art. 7 Nr. 5 EuGVVO: Wandelbar	569
aa. Negative Wandelbarkeit	569
bb. Positive Wandelbarkeit	571
cc. Neutrale Wandelbarkeit	574
dd. Ergebnis: Umfassende Wandelbarkeit	575
b. Art. 10, Art. 17 Abs. 1 und Art. 20 Abs. 1 EuGVVO: Wandelbar	575
c. Art. 11 Abs. 2, Art. 17 Abs. 2 und Art. 20 Abs. 2 EuGVVO: Wandelbar	575
d. Art. 7 Nr. 5, Art. 10, 11 Abs. 2, Art. 17 Abs. 1, 2 und Art. 20 Abs. 1, 2 EuGVVO: Anknüpfungsgegenstände „Betrieb einer Niederlassung“	577
e. Ergebnis: Anknüpfungsmoment und -gegenstand „Niederlassung“ ist einseitig wandelbar	577

3. Anknüpfungsmoment „Erfüllungsort“ – Art. 7 Nr. 1 EuGVVO	578
a. Einvernehmliche Veränderungen: Erfüllungsort wandelbar	578
b. Einseitige Veränderungen: Erfüllungsort des Art. 7 Nr. 1 lit. c, a EuGVVO wandelbar	581
aa. Art. 7 Nr. 1 lit. b EuGVVO: Liefer- und Erbringungsort nicht einseitig wandelbar	581
bb. Art. 7 Nr. 1 lit. c, a EuGVVO: Erfüllungsort einseitig wandelbar	583
c. Nachträgliche Vervielfältigung zu oder Verschiebung bei mehreren Erfüllungsorten: Nur Liefer- und Erbringungsort des Art. 7 Nr. 1 lit. b EuGVVO wandelbar	584
d. Ergebnis: Weitgehende Wandelbarkeit	585
4. Anknüpfungsmoment „gewöhnlicher Arbeitsort“ – Art. 21 Abs. 1 lit. b Ziff. i EuGVVO	585
a. Wandelbarkeit bei dauerhafter Verlegung des gewöhnlichen Arbeitsorts	587
b. Einvernehmliche Veränderung erforderlich, einseitige Veränderungen unbeachtlich	588
5. Anknüpfungsgegenstand „Konnexität zwischen Widerklage und Klage“ – Art. 8 Nr. 3, Art. 14 Abs. 2, Art. 18 Abs. 3, Art. 22 Abs. 2 EuGVVO	589
6. Anknüpfungsgegenstände „Versicherungsnehmer“ und „Versicherer“ – Art. 10–16 EuGVVO	591
7. Anknüpfungsgegenstände „Verbraucher“ und „Unternehmer“ – Art. 17–19 EuGVVO	592
a. Anknüpfungsgegenstand „Verbraucher“: Einseitig negativ wandelbar	592
aa. Einseitige nachträgliche Aufgabe der Verbrauchereigenschaft: Wandelbarkeit	592
(1) <i>Obiter dictum in Schrems II</i> : Nachträglicher Vertragszweck ist bei langfristiger Nutzung eines sozialen Online-Netzwerks zu berücksichtigen	592
(2) Interpretation <i>Schrems II</i> durch herrschende Ansicht: Wandelbarkeit nur Ausnahme	593

(3) Rechberger und <i>D. Paulus</i> : Wandelbarkeit nur im Fall echter Dauerschuldverhältnisse	595
(4) Negative Wandelbarkeit stets bei objektiver Erkennbarkeit der Zweckänderung	598
(a) Wortlautbezogene Auslegung: Offen	598
(b) Systematische Auslegung: Negative Wandelbarkeit	598
(c) Teleologische Auslegung: Negative Wandelbarkeit	599
(aa) Schutzzweck nur zugunsten Verbraucher: Negative Wandelbarkeit	599
(bb) Vorhersehbarkeit: Negative Wandelbarkeit trotz eindeutigen Wortlaut	600
(cc) Vorhersehbarkeit: Negative Wandelbarkeit bei objektiver Erkennbarkeit	601
(dd) Einseitige Veränderungen zulässig: Negative Wandelbarkeit	605
(d) Keine rechtsaktsübergreifende Auslegung mit Art. 6 Abs. 1 Rom I-VO	608
(e) Negative Wandelbarkeit stets, nicht nur bei Dauerschuldverhältnissen	608
(f) Ergebnis: Negative Wandelbarkeit bei objektiver Erkennbarkeit der Zweckänderung	610
bb. Einseitige nachträgliche Aufnahme der Verbrauchereigenschaft: Keine positive Wandelbarkeit	610
b. Anknüpfungsgegenstand „Unternehmer“: Unwandelbar	612
8. Anknüpfungsgegenstände „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“ – Art. 20–23 EuGVVO	615
9. Zwischenergebnis: Einseitige und einvernehmliche Anknüpfungselemente wandelbar	616
10. Vertragsänderungen von Anknüpfungselementen	617
a. Vertragsänderungen über Anknüpfungsmomente	617
aa. Anknüpfungsmoment „Erfüllungsort“ – Art. 7 Nr. 1 EuGVVO: Wandelbar	617

bb. Anknüpfungsmoment „vereinbartes Gericht“ – Art. 25 EuGVVO: Wandelbar	618
cc. Wandelbarkeit aufgrund einvernehmlicher Veränderungen unabhängig von Voraussetzungen einer Gerichtsstandsvereinbarung gemäß Art. 25 EuGVVO	619
dd. Sonstige Anknüpfungsmomente: Lediglich vertraglich definierte Anknüpfungsmomente durch Vertragsänderungen wandelbar	619
ee. Ergebnis: Lediglich rechtlich-einvernehmliche Anknüpfungsmomente durch Vertragsänderung wandelbar	622
b. Vertragsänderungen über Anknüpfungspersonen	623
aa. Zuständigkeitsnormen ohne Anknüpfungsperson – Art. 7 Nr. 1, 2, 5 und Art. 8 Nr. 3 EuGVVO: Teilweise mittelbar wandelbar	623
bb. Beklagter als Anknüpfungsperson des Anknüpfungsmoments „Wohnsitz“ – Art. 4 Abs. 1, Art. 8 Nr. 1 und Art. 24 Nr. 1 Abs. 2 EuGVVO: Unwandelbar	624
cc. Anknüpfungspersonen der Schutzgerichtsstände – Art. 11 Abs. 1 lit. a, b, Art. 14 Abs. 1, Art. 18 Abs. 1, 2, Art. 21 Abs. 1 lit. a und Art. 22 Abs. 1 EuGVVO: Wandelbar	624
(1) Schutzgerichtsstände mit Anknüpfungsperson	624
(2) Schutzgerichtsstände ohne Anknüpfungsperson	625
(3) Praktische Relevanz der Vertragsübernahme bei den Schutzgerichtsständen	626
(4) Auslegung: Wandelbarkeit – Zuständigkeitsnorminterne Gerichtsstandswechsel	626
(5) Auslegung: Wandelbarkeit – Zuständigkeitsnormübergreifende Gerichtsstandswechsel	628
(6) Aktualisierung des Anknüpfungszeitpunkts „Vertragsschluss“	629
(7) Gerichtsstandsvereinbarung gilt weiterhin	632

dd. Ergebnis: Anknüpfungspersonen teilweise durch Vertragsänderung wandelbar	633
c. Vertragsänderungen über Anknüpfungsgegenstände	634
aa. Anknüpfungsgegenstand „Gerichtsstandsvereinbarung“ – Art. 25 EuGVVO: Einvernehmlich durchweg wandelbar und einseitig positiv wandelbar	634
(1) Einvernehmlich durchweg wandelbar – Änderung oder Aufhebung	634
(2) Einseitig nur positiv wandelbar – Heilung	635
(3) Ausdrücklich unwandelbare Anknüpfung der Optionsbeschränkungen – Art. 15 Nr. 3 und 19 Nr. 3 EuGVVO	636
bb. Anknüpfungsgegenstand „Konnexität zwischen Widerklage und Klage“ – Art. 8 Nr. 3, Art. 14 Abs. 2, Art. 18 Abs. 3, Art. 22 Abs. 2 EuGVVO: Wandelbar	638
cc. Leistungsbezogene Komponenten der vertraglichen Anknüpfungsgegenstände – Art. 7 Nr. 1, Art. 8 Nr. 3, Art. 10–23, Art. 24 Nr. 1 EuGVVO: Wandelbar	639
(1) Grundsatz: Wandelbarkeit	639
(2) Insbesondere „Teilzahlungs- und Finanzierungskauf beweglicher Sachen“ – Art. 17 Abs. 1 lit. a und b EuGVVO: Wandelbar	642
(3) Abgrenzung zur Vertragsaufhebung: Negative Unwandelbarkeit	643
dd. Personenbezogene Komponenten der vertraglichen Anknüpfungsgegenstände – Art. 10–23 EuGVVO: Nur Eigenschaft als Versicherter oder Begünstigter wandelbar	644
ee. Aktualisierung des Anknüpfungszeitpunkts „Vertragsschluss“	646
ff. Ergebnis: Zahlreiche Anknüpfungsgegenstände durch Vertragsänderung wandelbar	648
d. Ergebnis: Einige Anknüpfungselemente durch Vertragsänderung wandelbar	649
VII. Rechtsfolgen der Gerichtsstandswechsel	651
1. Aussagen in Literatur und Rechtsprechung	651

2. Ex-nunc-Wirkung und grundsätzlich umfassende Kognitionsbefugnis	652
VIII. Zusammenfassung der Ergebnisse zur EuGVVO	654
1. Anknüpfungsmomente weitgehend wandelbar	654
2. Anknüpfungspersonen teilweise wandelbar	656
3. Anknüpfungsgegenstände grundsätzlich wandelbar	657
4. Vertragsübernahmen und Vertragstypverschiebungen aktualisieren Anknüpfungszeitpunkt	660
5. Wandelbarkeit der Anknüpfungselemente insgesamt: Veränderliche Definition und Anknüpfungszeitpunkt nicht fixiert	660
6. Rechtsfolgen der Gerichtsstandswechsel: Ex-nunc-Wirkung und nur ausnahmsweise Segmentierung	661
IX. Vorschlag zur Normierung der Wandelbarkeit in Art. 6 EuGVVO n. F.	661
D. Ergebnisse zur und Vergleich der Wandelbarkeit unter der Rom I-, II- und EuGVVO	665
I. Dogmatik und Terminologie der Wandelbarkeit der Rom I-, II- und EuGVVO	665
1. Anknüpfungsgegenstände, -momente und -personen	665
2. Tatsächliche, rechtliche, gemischte, einseitige und einvernehmliche Anknüpfungselemente	666
3. Anknüpfungszeitpunkt, Wandelbarkeit, Statuten-/ Gerichtsstandswechsel und Hauptfragen	667
II. Wandelbarkeit der Kollisions- und Zuständigkeitsnormen der Rom I-, II- und EuGVVO	670
1. Anknüpfungsmomente der EuGVVO weitgehend, der Rom I- und II-VO nur teilweise wandelbar	670
2. Anknüpfungspersonen der EuGVVO, Rom I- und II-VO nur teilweise wandelbar	673
3. Anknüpfungsgegenstände der EuGVVO und Rom I-VO grundsätzlich wandelbar, Anknüpfungsgegenstände der Rom II-VO regelmäßig unwandelbar	677
4. Vertragsübernahmen und Vertragstypverschiebungen aktualisieren Anknüpfungszeitpunkt des Vertragsschlusses unter EuGVVO und Rom I-VO	680

5. Wandelbarkeit der Anknüpfungselemente insgesamt: Einvernehmliche Änderung, veränderliche Definition und/oder Anknüpfungzeitpunkt nicht fixiert	680
6. Wesentliche Erwägungen der (Un-)Wandelbarkeit unter der Rom I-, II- und EuGVVO	681
a. Ausdrücklich und anerkannt (un-)wandelbare Anknüpfungselemente	681
b. Berechenbarkeit und Vorhersehbarkeit unter Rom I-, II- und EuGVVO	682
c. Prinzip der engsten Verbindung unter Rom I- und II-VO und „Prinzip der engen Verbindungen“ unter EuGVVO	683
d. Grundsatz der einheitlichen Anknüpfung unter Rom I- und II-VO – und EuGVVO?	684
e. Vertragliche Anknüpfungselemente unter Rom I- und EuGVVO möchten sachrechtliche Veränderungen grundsätzlich spiegeln	686
f. Schutz strukturell schwächerer Parteien unter Rom I-, II- und EuGVVO	686
III. Rechtsfolgen der Statuten- und Gerichtsstandswechsel der Rom I-, II- und EuGVVO	688
IV. Rechtsaktsübergreifende Auslegung zwischen Rom I-, II- und EuGVVO	688
V. Vorschläge zur Normierung der Wandelbarkeit in Rom I-, II- und EuGVVO	690
E. English Summary	691
I. Introduction	691
II. Dogmatic and Terminological Background	693
1. Rome I and II Regulations	693
2. Brussels Ia Regulation	695
III. Rome I Regulation	696
1. Unchangeable Connecting Elements	696
2. Changeable Connecting Elements	698
3. Requirements of Changeability	703
4. Effects of <i>Conflicts Mobiles</i>	703
5. Proposal for Future Amendment of the Rome I Regulation	705

IV. Rome II Regulation	705
1. Unchangeable Connecting Elements	705
2. Changeable Connecting Elements	706
3. Requirements of Changeability	708
4. Effects of <i>Conflits Mobiles</i>	709
5. Proposal for Future Amendment of the Rome II Regulation	709
V. Brussels Ia Regulation	710
1. Unchangeable Connecting Elements	710
2. Changeable Connecting Elements	713
3. Requirements of Changeability	718
4. Effects of <i>Conflits Mobiles</i>	718
5. Proposal for Future Amendment of the Brussels Ia Regulation	719
VI. Key Considerations of (Un)Changeability under the Rome I, Rome II, and Brussels Ia Regulation	719
1. Foreseeability and Predictability	719
2. Closest and Close Connection	720
3. Protection of Structurally Weaker Parties	721
Literaturverzeichnis	723
Stichwortverzeichnis	735

